FileNr:5|id:HB041104237|date:2011-04-04|source:HB|title:Don Quixote und der Schuldenberg

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Auch wenn noch jede Regierung Sparprogramme aufgelegt hat - der deutsche Schuldenberg waechst und waechst. Selbst die auch international viel gelobte Schuldenbremse in der Verfassung bremst nur den Anstieg der Belastung fuer kuenftige Generationen. Eigentlich noetig waere es, mit der Tilgung der Staatsschulden anzufangen. Aber fuer eine solche radikale Wende fehlt der Politik der Mut. Sven Afhueppe Berlin

Alexander Dill ist einer, der es ernst meint mit dem Schuldenabbau in Deutschland. Statt ueber den riesigen Schuldenberg nur zu jammern, hat der Wissenschaftler mit der Initiative "Hurra, wir tilgen" die erste Plattform fuer einen freiwilligen Schuldenabbau geschaffen. "Deutschland wird zum Gefangenen seiner Schulden. In einigen Jahren sind die Zinszahlungen so hoch, dass der gesamte Staat nicht mehr handlungsfaehig ist", warnt Dill, der am alternativen Baseler Institut fuer Gemeingueter und Wirtschaftswissenschaften forscht. Die Tilgung der Schulden sei deshalb "eine ernste Angelegenheit von nationaler Tragweite", trommelt er fuer sein Projekt.

Bis Ende Januar spendeten bereits mehr als zwanzig Buerger zusammen 17 450 Euro aus ihrem Privatvermoegen. Der Mannheimer Literaturprofessor Jochen Hoerisch steuerte mit 10 000 Euro die hoechste Einzelspende bei. Das Geld hat Dill an Bundesfinanzminister Wolfgang Schaeuble (CDU) ueberwiesen, obwohl der oberste Kassenwart des Landes von der Idee einer einmaligen Vermoegensabgabe zur kompletten Tilgung der deutschen Staatsschuld ueberhaupt nichts haelt, wie das Finanzministerium dem Wissenschaftler mit der hohen Stirn bereits schriftlich mitgeteilt hat.

Und auch wenn die Summe bei einem Schuldenberg von mehr als 2000000000000 Euro wie ein Tropfen auf den heissen Stein wirkt, gibt Dill nicht auf. "Natuerlich kaempfe ich wie Don Quixote gegen die Staatsverschuldung", gesteht er sich ein, "aber nach und nach wird bei den Buergern schon ein Bewusstseinswandel einsetzen."

Tatsaechlich wollen sich immer mehr Deutsche nicht einfach auf die Sonntagsreden der Politiker verlassen, die unablaessig einen Abbau der Neuverschuldung und irgendwann Ueberschuesse in den oeffentlichen Kassen versprechen. Gerade erst haben Hans Grossmann und Gerhard Scheurich im baden-wuerttembergischen Leimen die Initiative "Die Schuldentilger" ins Leben gerufen. In 50 Jahren sei Leimen von der finanzkraeftigsten Stadt der Region zum kranken Mann der Metropolregion herabgesunken. "Jetzt ist der Moment gekommen, mit der Tilgung der Schulden fuer Leimen zu beginnen", schreiben die beiden Initiatoren auf ihrer Internetseite. Spenden kann jeder, der mithelfen will, die 70 Millionen Euro Schulden der Stadt abzubauen.

Wenn Buerger schon anfangen, dem Staat Geld zu schenken, dann zeigt das, wie ernst sie das Problem nehmen. Laengst ist die ausufernde Staatsverschuldung die groesste Sorge der Deutschen, noch vor der Arbeitslosigkeit oder einem erneuten Konjunktureinbruch. Schliesslich bekommen sie in der Euro-Schuldenkrise vorgefuehrt, wie schnell es geht, dass ein Land vor dem finanziellen Abgrund steht und um internationale Hilfe bitten muss. Knapp 25000 Euro Schulden schultert jeder Bundesbuerger, egal ob Arbeiter, Rentner oder Kind. 1970 waren es gerade einmal gut 1000 Euro. Weil der Fiskus weiter Schulden macht und gleichzeitig die Bevoelkerung schrumpft, wird die Pro-Kopf-Verschuldung der Deutschen in den kommenden Jahren explodieren. Nach Expertenschaetzungen wird sich der Wert 2015 bereits der 30000-Euro-Marke naehern, 2050 werden dann mehr als 40000 Euro Schulden auf jedem Bundesbuerger lasten. Um fuer mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen, muss der Schuldenberg absolut reduziert werden - alles andere ist eine reine Entschuldungs-Illusion.

Doch von Ueberschuessen im Bundeshaushalt kann Schaeuble in den naechsten Jahren nur traeumen. Allein im laufenden Jahr muss sich der Bundesfinanzminister mehr als 300 Milliarden Euro an den Kapitalmaerkten leihen, um neue Schulden aufnehmen und alte Schulden begleichen zu koennen. Fuer das ungenierte Leben auf Pump zahlen Bund, Laender und Gemeinden in diesem Jahr bereits mehr als 60 Milliarden Euro Zinsen - mehr als zehn Prozent aller Steuereinnahmen. Das ist Geld, das ganz konkret fuer Kindergaerten, Bibliotheken und neue Strassen fehlt. Noch ist Deutschland ein gutes Stueck davon entfernt, wie Griechenland und Irland von den Kapitalmaerkten als unsicherer Kantonist eingestuft zu werden. Die Ratingagenturen geben der Bundesrepublik immer noch die hoechste Bonitaetsnote "AAA". Doch die ersten Probleme sind laengst sichtbar. Nicht immer gelang es der Schuldenagentur des Bundes im vergangenen Jahr, reibungslos die notwendigen Milliarden bei den Investoren aufzutreiben.

Hinzu kommt, dass die Politik bisher keine institutionellen Vorkehrungen getroffen hat, den wachsenden Schuldenberg wirklich in den Griff zu bekommen. Denn auch die neue Schuldenbremse in der Verfassung erlaubt dem Bund, in Zukunft weiter Schulden zu machen. Nur fuer die Laender gilt ein striktes Neuverschuldungsverbot, allerdings erst ab 2020. Bis dahin dreht sich die Schuldenspirale munter immer weiter. Vor knapp zwei Jahren ueberschlug sich die Grosse Koalition geradezu im Lobgesang auf die neue Verfassungsnorm. Bundesfinanzminister Peer Steinbrueck (SPD) nannte den Beschluss "historisch"; die Verhandlungsfuehrer der Reformkommission, SPD-Fraktionschef Peter Struck und Baden-Wuerttembergs Ministerpraesident Guenther Oettinger (CDU) sprachen von einer "Zeitenwende" und "Sternstunde des Foederalismus". Der Grund fuer so viel Pathos: Die neue Schuldenregel ist besser als die alte Verfassungsvorschrift, die nicht verhindert hat, dass sich die Schulden des Landes in den vergangenen 15 Jahren verdoppeln konnten. Das sieht auch Clemens Fuest, langjaehriger oekonomischer Berater der Bundesregierung. "Die neue Schuldenregel ist ein riesiger Fortschritt, weil sie auf die Politik mehr Druck zur Sparsamkeit ausuebt", sagte der Wissenschaftler dem Handelsblatt. Doch ein wirklich scharfes Schwert gegen die wachsende Staatsverschuldung sind auch die neuen Defizitvorgaben der Verfassung nicht. Es gibt Luecken, Ausnahmen und Definitionsspielraeume, die ein schnelles Ende der Schuldenmacherei verhindern. "Die Vorgabe fuer die Bundeslaender, erst 2020 die Neuverschuldung auf null druecken zu muessen, ist viel zu lang. Ausserdem ist es ein Fehler, dass der Bund das strukturelle Defizit nicht auf null zurueckfahren muss", kritisierte Rainer Holznagel, Vizepraesident beim Bund der Steuerzahler. In der Tat verlangt die neue Schuldenvorschrift, dass der Bund sein Haushaltsdefizit bis 2016 schrittweise auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurueckfahren muss. Unabhaengig von der konjunkturellen Lage kann der Bundesfinanzminister danach immer noch etwa neun Milliarden Euro neue Schulden pro Jahr machen. Eine Verpflichtung, Ueberschuesse zum Schuldenabbau zu erzielen, gibt es nicht. Wenn die Politik sich nicht selbst dazu zwingt, wird der Schuldenberg also weiter wachsen - und damit auch die Schulden pro Kopf. In den vergangenen Monaten musste sich Finanzminister Schaeuble gleich von mehreren Seiten Kritik an seiner eigenwilligen Auslegung der Schuldenbremse anhoeren. Bundesbank, Bundesrechnungshof und der Sachverstaendigenrat werfen dem CDU-Politiker vor, er habe den Ausgangswert fuer den Schuldenabbau, naemlich die strukturelle Neuverschuldung im vergangenen Jahr, um etliche Milliarden zu hoch angesetzt. Schaeuble habe sich so zusaetzliche Verschuldungsspielraeume ermogelt, lautet unisono der Vorwurf. Die SPD spricht sogar von einer "Kriegskasse", die sich der Finanzminister heimlich angelegt habe, um doch noch eine milliardenschwere Steuersenkung umsetzen zu koennen. Schaeuble weist solche Anschuldigungen allesamt zurueck und verweist auf den vorhandenen Interpretationsspielraum. Die Glaubwuerdigkeit der neuen Schuldenbremse ist seit dieser Debatte schwer ramponiert. Sinnvoller waere es, das Bundesfinanzministerium wuerde die Berechnung des strukturellen Defizits nicht selbst durchfuehren, sondern beispielsweise von der unabhaengigen Bundesbank durchfuehren lassen.

Voellig unzureichend bleiben zudem die Verfassungsvorgaben fuer den Fall, dass der Bund die zulaessige Schuldengrenze ueberschreiten sollte. Einen wirksamen Sanktionsmechanismus gibt es nicht. Das bemaengeln auch die fuenf Wirtschaftsweisen. "Wuenschenswert waere es daher, wenn bei Verstoessen gegen die Schuldenregel automatische Konsolidierungsschritte - etwa ueber zu erhebende Steuerzuschlaege - eingeleitet wuerden", schlugen die Oekonomen in ihrem juengsten Jahresgutachten vor. Um die Wirksamkeit der Schuldenbremse zu erhoehen, muesste der Gesetzgeber ausserdem dringend definieren, wann eine "aussergewoehnliche Notsituation" gegeben ist, die eine hoehere Kreditaufnahme erlaubt. Andernfalls bleibt beim Buerger der Verdacht, dass der Staat bei erster Gelegenheit leichtfertig diese Ausnahmemoeglichkeit nutzen koennte, um sich einer strengeren Sparpolitik zu entziehen. Angesichts des gigantischen Schuldenbergs fordern immer mehr Wissenschaftler radikale Loesungen, weil alle bisherigen Instrumente ungeeignet seien, um einen weiteren Anstieg der Staatsverschuldung dauerhaft zu verhindern. Nach Berechnungen von Finanzwissenschaftler Fuest betraegt der langfristige Konsolidierungsbedarf in Deutschland etwa drei bis vier Prozent der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Konkret bedeutet das: "Bund und Laender muessten heute auf einen Schlag 70 Milliarden Euro sparen, wenn der Schuldenberg wegen der demografischen Entwicklung nicht weiter wachsen sollte." Die Politiker in Berlin haben Fuest laengst ausgerichtet, dass der Vorschlag voellig unrealistisch sei. Auch die alarmierenden Berechnungen der EU-Kommission zur langfristigen Tragfaehigkeit der Staatsfinanzen blieben bisher ohne Resonanz. Doch ohne ein Umdenken der politisch Verantwortlichen droht auch Deutschland ein Abstieg in den Pleite-Club Europas. "Nur wenn die Politik mutig und ehrlich ist, kann Deutschland vor einem Schuldenkollaps gerettet werden", sagt Schuldentilger Dill....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ